



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

14. Februar 2020

Wochenbericht KW 7

forsa | Kantar

Wähleranteile:	Union bei 28 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne bei 23 % bzw. 20 %, AfD bei 15 % bzw. 10 %
Regierungszufriedenheit:	52 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als eher schlecht
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Sicherung der Altersversorgung
Thema der Bundesregierung:	Umwelt-/Klimapolitik
Wichtigstes Thema:	Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS
CDU/CSU	28 (-)	28 (-)
SPD	14 (+2)	15 (-)
FDP	8 (-1)	6 (-2)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)
B'90/Grüne	23 (-)	20 (-)
AfD	10 (-1)	15 (-)
Sonstige	8 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.	06.-12.02.

Die Union liegt bei forsa 14 (-2) und bei Kantar 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die AfD liegt bei forsa bei 10 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Januar 2018.

Die FDP liegt bei Kantar bei 6 %. Dies der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Mai 2017.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	20 (+1)
SPD	5 (+1)
Grüne	13 (-)
sonstige Parteien	10 (+1)
keine Partei	52 (-3)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (+1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 52 % (-3) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.02.2020)

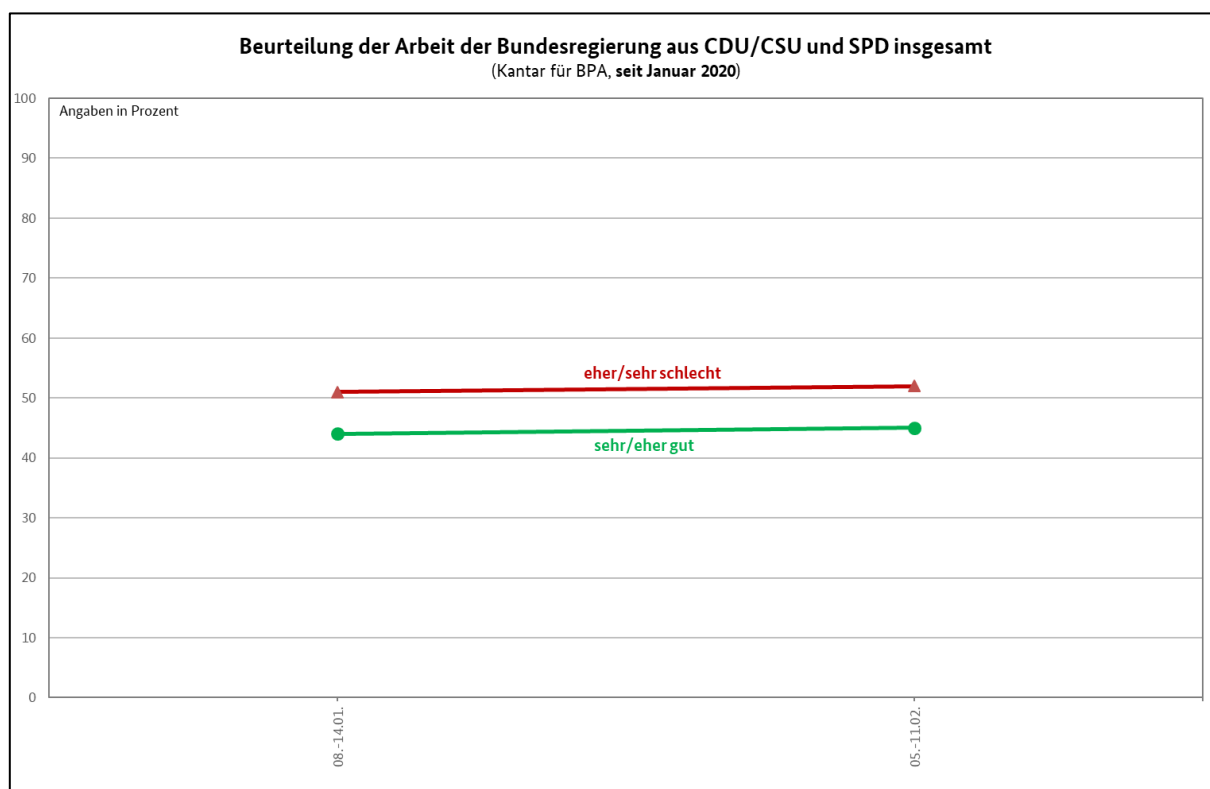
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Februar 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

	Kantar für BPA
sehr gut	3 (-1)
eher gut	43 (+3)
eher schlecht	40 (+4)
sehr schlecht	11 (-4)
Erhebungszeitraum	05.-11.02.

Anhänger der Union (74 %) und der SPD (58 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (98 %), der FDP (76 %) und der Linkspartei (68 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht. Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (63 % zu 49 %) und Männer häufiger als Frauen (58 % zu 46 %).



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (+2)	27 (-2)	2 (+1)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	69 (+1)	26 (-2)	4 (+2)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (+1)	30 (-)	3 (-)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	61 (+6)	34 (-6)	3 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+3)	34 (-)	3 (-1)	1 (-2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	60 (+1)	34 (-1)	5 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (+2)	40 (-)	5 (-)	1 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (+1)	39 (-1)	6 (-)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-)	43 (-)	7 (-)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (-1)	45 (+5)	6 (-4)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-)	39 (-)	12 (-)	3 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (+2)	47 (+1)	8 (-4)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (+2)	43 (-3)	12 (+3)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	38 (+3)	46 (-6)	12 (+1)	4 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-2)	41 (-6)	16 (+6)	5 (+1)
neue Technologien fördern	35 (-3)	51 (+3)	10 (-1)	2 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (-)	47 (-2)	15 (+3)	2 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	34 (-)	46 (+3)	14 (-3)	5 (-)
Verbraucherschutz stärken	25 (-2)	55 (+1)	16 (-)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	24 (-3)	47 (+1)	21 (-)	6 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (-3)	58 (+1)	14 (-)	4 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21 (-3)	55 (-)	19 (+3)	3 (-)
Erhebungszeitraum	05.-11.02.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der Linkspartei (87 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (79 % zu 68 %). Anhänger der AfD (49 %) halten die Bildungspolitik eher selten für sehr wichtig.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Frauen häufiger als prioritär angesehen als von Männern (77 % zu 60 %). Anhänger der AfD (49 %) und der FDP (55 %) halten diese Aufgabe seltener für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Februar 2020

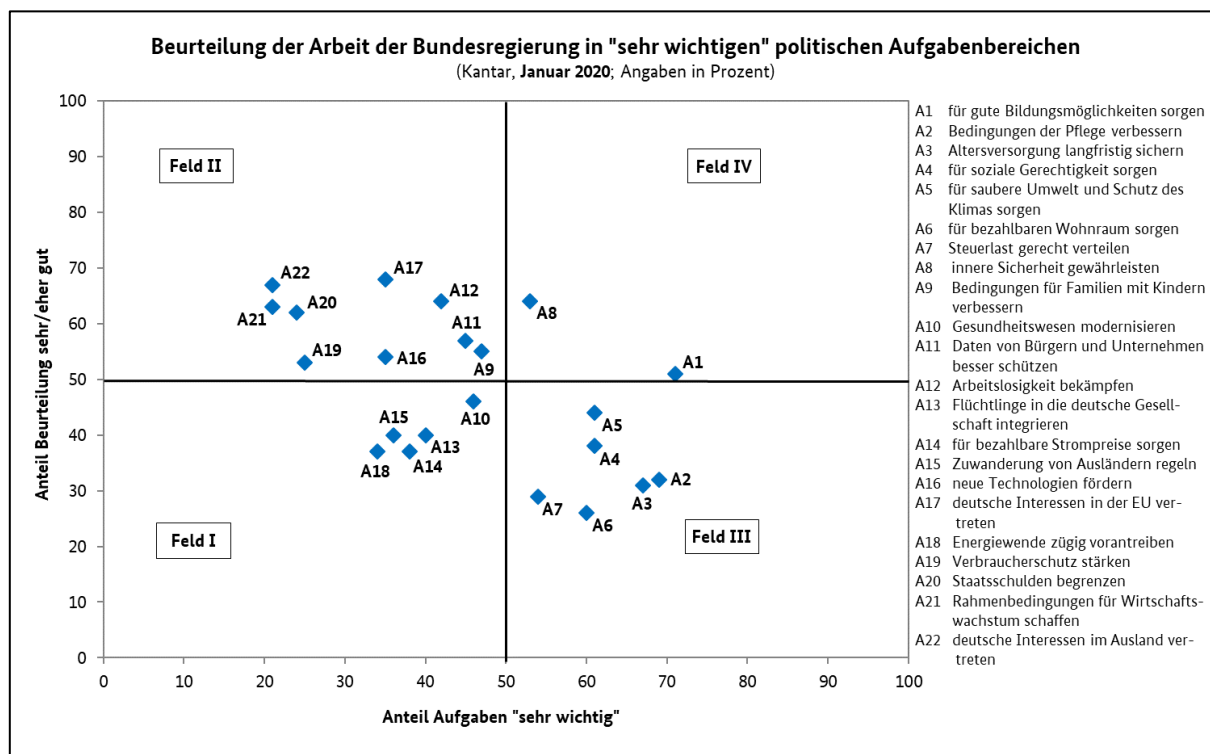
Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2020

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (+5)	26 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (+5)	27 (-4)
innere Sicherheit gewährleisten	64 (-)	31 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	64 (+3)	34 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (+3)	28 (-2)
Staatsschulden begrenzen	62 (+6)	28 (-5)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	57 (+5)	36 (-4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55 (-2)	40 (+2)
neue Technologien fördern	54 (-)	38 (-)
Verbraucherschutz stärken	53 (-2)	40 (+4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	51 (+2)	46 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+1)	49 (-3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	44 (+1)	52 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (+5)	55 (-5)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (+2)	56 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	38 (-3)	59 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (-5)	57 (+6)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-6)	59 (+7)
Bedingungen der Pflege verbessern	32 (-1)	65 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	31 (-2)	66 (+2)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (+2)	67 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	26 (+2)	71 (-2)
Erhebungszeitraum	05.-11.02.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in 10 Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt. Die besten Beurteilungen erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU und im Ausland, bei welchen sie einen Zuwachs von jeweils 5 Prozentpunkten verzeichnet.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Februar 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), in den Aufgabenbereichen „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2) und „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A4) sowie beim Umwelt- und Klimaschutz (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat sind hier lediglich die Aufgabenbereiche „innere Sicherheit gewährleisten“ (A8) und „für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen (A1)“ vertreten.

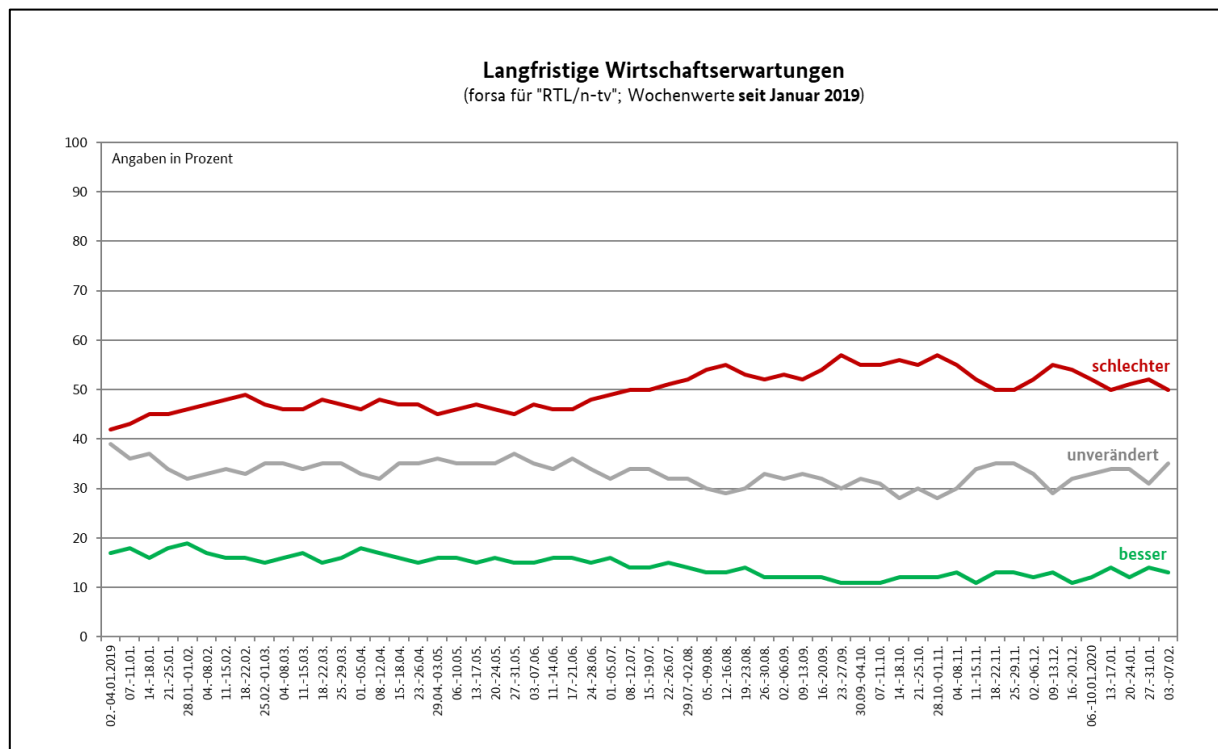
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	13	(-1)
schlechter	50	(-2)
unverändert	35	(+4)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen verändern sich weiterhin kaum.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 37 (-1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



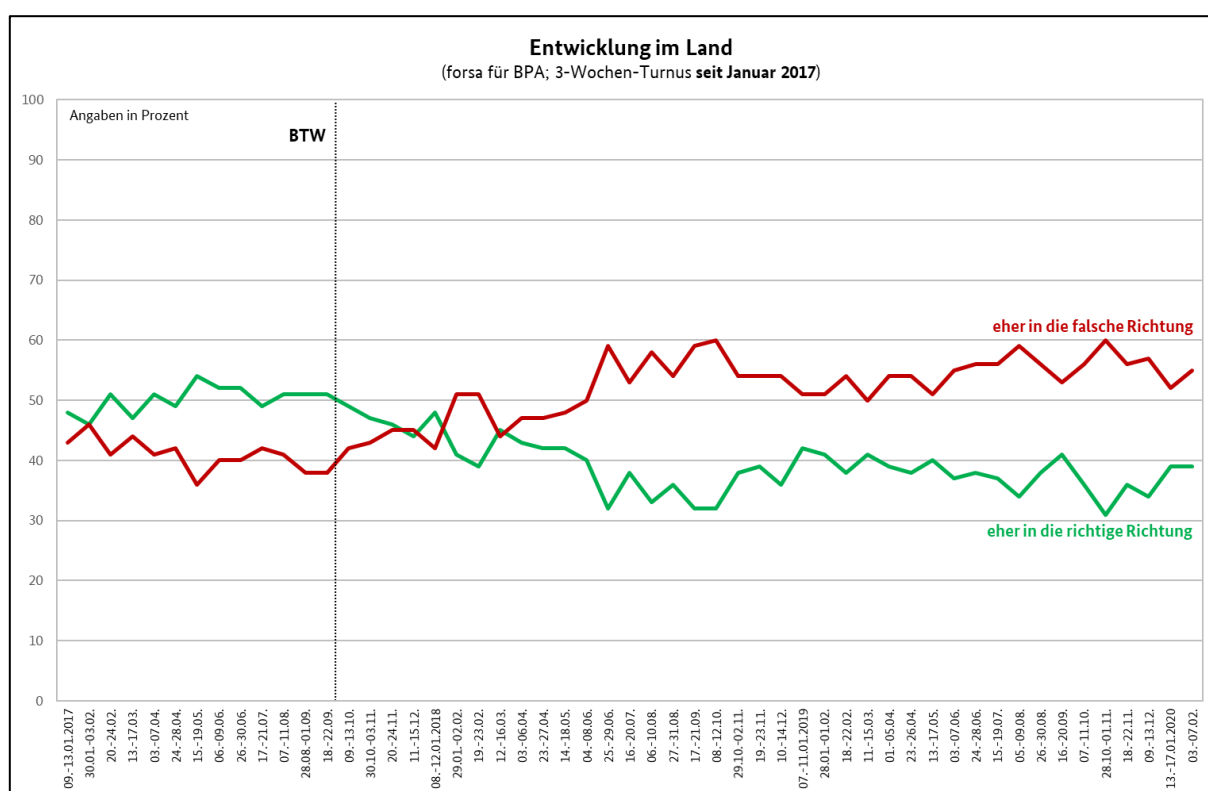
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	39	(-)
eher in die falsche Richtung	55	(+3)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.	

Anhänger der Union (56 %) und der Grünen (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Anhänger der AfD (92 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung. Ostdeutsche sind eher dieser Meinung als Westdeutsche (69 % zu 52 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung eher als Personen mit hoher formaler Bildung (62 % zu 49 %).



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	84 (-1)	16 (+1)
Lage am Arbeitsmarkt	70 (+1)	24 (-)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	55 (+1)	44 (-1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	44 (+1)	48 (-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	39 (+2)	57 (-1)
Umwelt- und Klimaschutz	38 (+3)	61 (-3)
Schul- und Bildungssystem	36 (+1)	61 (-1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	37 (+3)	60 (-2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (-2)	66 (+2)
Sicherung der Altersversorgung	26 (-1)	72 (+1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	20 (-1)	76 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (84 %), der Lage am Arbeitsmarkt (70 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (55 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

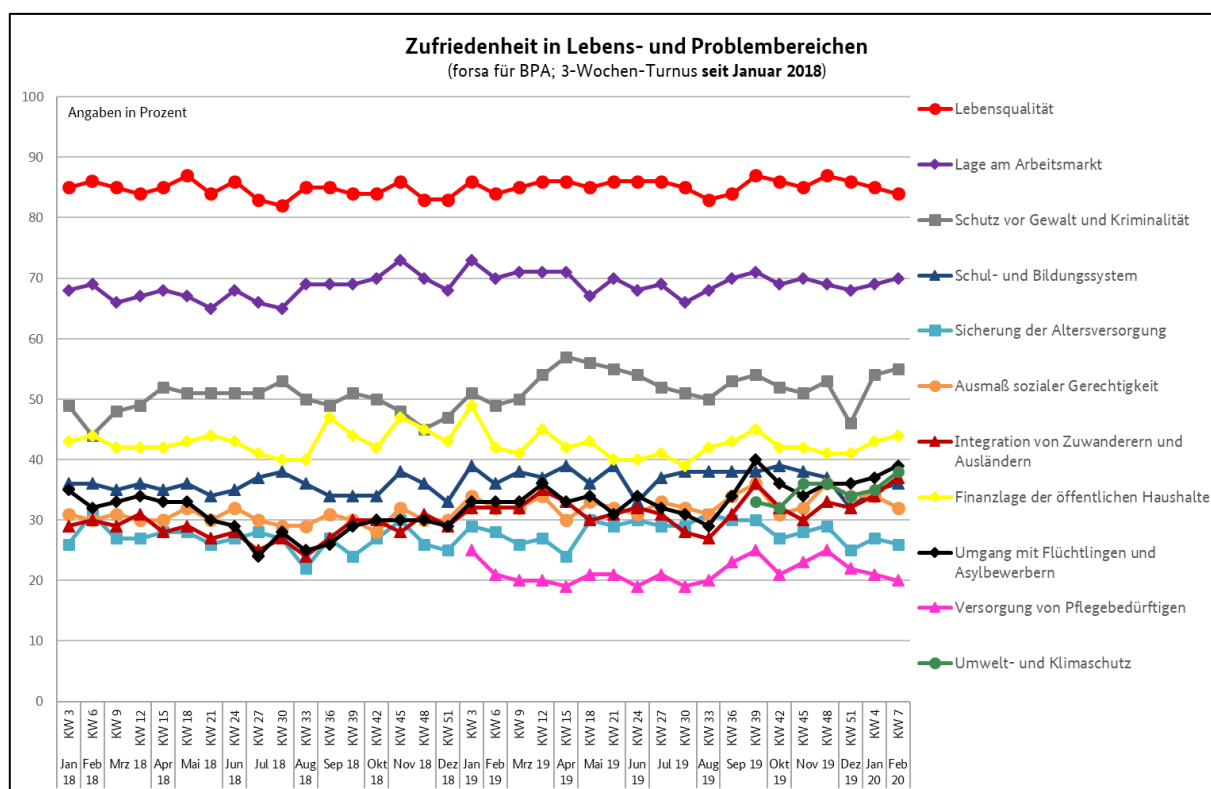
Anhänger der Grünen (72 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Westdeutsche sind häufiger (sehr) zufrieden als Ostdeutsche (57 % zu 40 %), unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (61 % zu 41 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 62 % zu 45 %). Anhänger der AfD (83 %) sind mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität besonders oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Union (56 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Westdeutsche sind häufiger (sehr) zufrieden als Ostdeutsche (45 % zu 34 %), unter 30-Jährige häufiger als über 30-Jährige (53 % zu 42 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 % zu 37 %).

Anhänger der Linkspartei (84 %) und der Grünen (71 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz, Frauen häufiger als Männer (65 % zu 57 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (64 % zu 55 %).

Anhänger der Linkspartei (88 %) sind auch mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit besonders oft unzufrieden. Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (77 % zu 64 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (70 % zu 59 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (70 % zu 63 %).

Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (76 % zu 67 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (78 % zu 66 %).



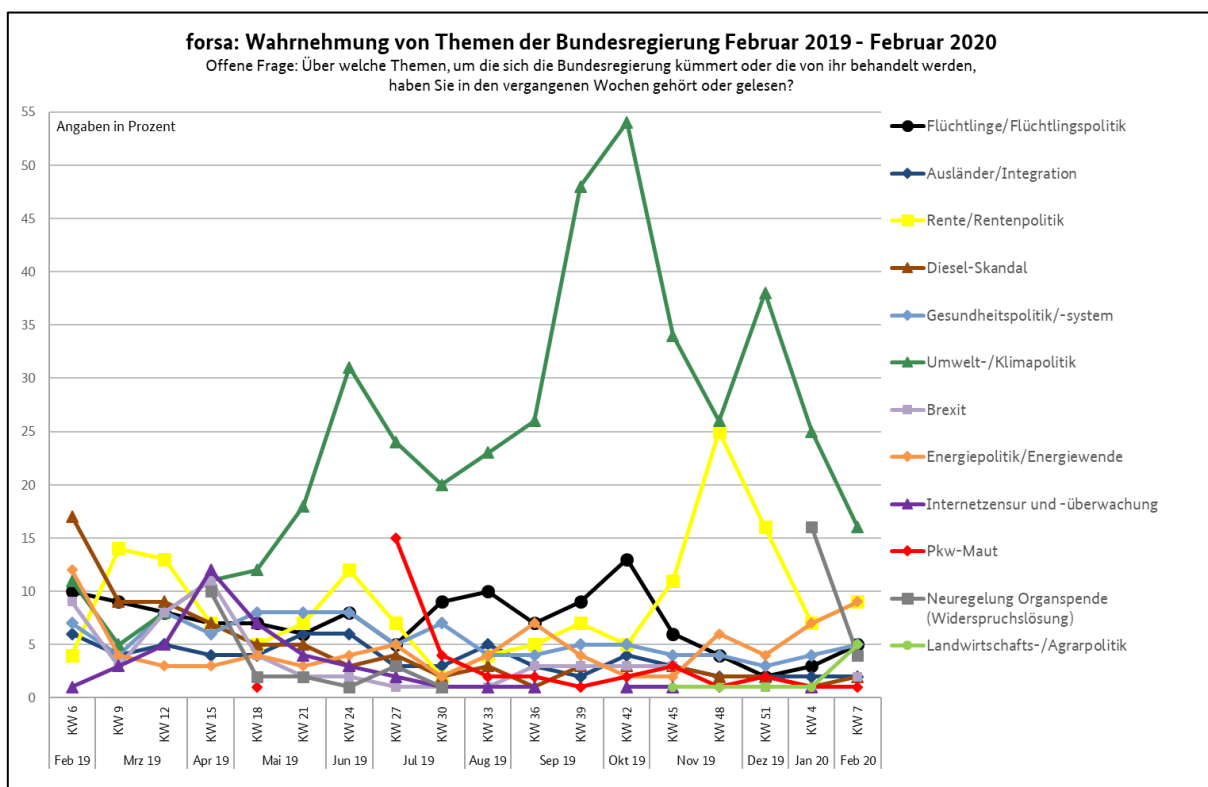
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
Umwelt-/Klimapolitik	16 (-9)
Rente/Rentenpolitik	9 (+2)
Energiepolitik/Energiewende	9 (+2)
Landwirtschafts-/Agrarpolitik	5 (+4)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	5 (+2)
Gesundheitspolitik/-system	5 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.02.

Die Umwelt- bzw. Klimapolitik ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben, wenngleich es gegenüber den letzten Erhebungen im Dezember 2019 bzw. Januar 2020 nochmals an Bedeutung verloren hat (-22 bzw. -9 Prozentpunkte).

Überdurchschnittlich oft wird das Thema von Anhängern der Grünen (24 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung erwähnen es häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (21 % zu 11 %) und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (19 % zu 9 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen	52 (+47)
Annegret Kramp-Karrenbauer	19 (neu)
Coronavirus	18 (-30)
Orkantief Sabine	11 (neu)
Erhebungszeitraum	10.-12.02.

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger beschäftigt sich in dieser Woche mit dem Thema "Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen". Ostdeutsche nennen es deutlich häufiger als Westdeutsche (73 % zu 49 %), Männer häufiger als Frauen (57 % zu 47 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (63 % zu 32 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (63 % zu 35 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (61 % zu 37 %).

Neu hinzugekommen sind die Themen "Annegret Kramp-Karrenbauer" und "Orkantief Sabine".

